

ZEUGENSCHRIFTTUM

Name:	ZS Nr.	Bd.	Vermerk:
WOLFRAM, Adam	2385 3001	I	
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen: Wolfram, Adam Fischl, Schröder, Michael Pisnick, Alois Ölkers, Walter Eberhard, Rudolf Koss, Erich Drescher, Fritz Lähne, Paul Brandt, Ernst Besser, Erich Dieker, Willy Pretsch, Karl Koenen, Bernhard		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert:Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akt. 7485/87	B.-N. 252385
Rep.	K. 1

Interview mit Adam Wolfram, 14.5.1986
Teilnehmer: Broszat, Falt, Schneider, Welsch

aus dem Brief eines Freundes von Wolfram (Paul Vertick, Landessekretär der SED, ehemals SPD) anlässlich des Aufstandes am 17. Juni 1953: Informationen zu gemeinsamen Bekannten aus der SBZ/DDR (ergänzt durch Erzählungen Wolframs):

Kurt Busse, Leiter der Wirtschaftsabteilung im Landessekretariat der SED, ist ein 300 %iger Verfechter der Moskauer Doktrin.

Ministerpräsident Bruschke: immer noch der alte Kadfahrer.

Fischl (KPD), ehemaliger Generalstaatsanwalt: dienstverpflichtet zum Rechtsberater der Stadt Halle bei einem Gehalt von 500,- Mark. Fischl flüchtete 1954 in den Westen (Nürnberg). Fischl war vor 1933 ein sogenannter Salonkommunist aus gutbürgerlichen Kreisen, der seit den 20er Jahren der KPD angehörte. Er warnte Wolfram 1951, er müsse ihn in den nächsten Tagen verhaften, so daß Wolfram rechtzeitig in den Westen fliehen konnte.

Beide Schröder (SPD) spielen eine erbärmliche Rolle: der alte (Michael) Schröder war Nachfolger Wolframs als Landtagspräsident von Sachsen-Anhalt. M. Schröder, gebürtiger Kölner, war schon vor der NS-Zeit in der Finanzverwaltung tätig, kam 1945 in den Kreis Wittenberg, arbeitete in der Finanzabteilung des Kreises, bis zu seinem Eintritt in den Landtag. Schröder landete 1953 in der Finanzabteilung der Kreisverwaltung Halle.

Der junge Schröder (Sohn) - strammer SED-Mann - wurde anlässlich des 17. Juni schwer gerügt und in die Wirtschaftsverwaltung abgeschoben.

Bernhard Koenen lebt seit 1953 mit seiner Frau Frieda als wohlbestellter Botschafter der DDR in Prag.

Alois Pissnick, der 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED in

Magdeburg wurde stark angegriffen. Seine Selbstkritik in der Magdeburger Volksstimme (1953) zeigt die Erbärmlichkeit des Mannes auf.

Utto Körting, Vizepräsident des Landtags S.-A., Vorsitzender der VagB wurde 1951 zeitweise inhaftiert und lebte nach seiner Entlassung in Lobbau.

Personen, die der Säuberung zum Opfer fielen:

Walter Ulkers, Reichsbahnpräsident bei der Reichsbahndirektion Halle, wurde 1952 mit weiteren 7 Angestellten der Reichsbahn Halle verhaftet - wg. Diebstahl und Veruntreuung von Gütern - und zu 5 oder 6 Jahren Gefängnis verurteilt, kam 1958 oder 1959 nach Düsseldorf. (inzwischen verstorben)

Paul Saupe wurde 1953 aus der Haft entlassen

Rudolf Eberhard (SPD), Oberbürgermeister Magdeburg war nach seiner Entlassung aus der Haft körperlich schwer angegriffen und ging nach Wiesbaden. Eberhard war vor 1933 Gewerkschaftssekretär des ZDA; während der NS-Zeit führte er eine Schuhmacherwerkstatt. Nach 1945 war er in Dessau tätig, seit Sommer 1945 Oberbürgermeister von Magdeburg, MdL. In seiner Verwaltung arbeitete Stadtbaurat Erich Koss, der eine Maschine zur Verwertung von Trümmerschutt entwickelte, die zum schnellen Wiederaufbau Magdeburgs beitrug. Koss wurde seinerzeit wg. seiner Erfindung gefeiert, von Pieck und Grotewohl belobigt, dann ebenso wie Rudolf Eberhard im Zuge der allgemeinen Säuberung 1950 verhaftet und zu 5-7 Jahren Gefängnis verurteilt. Grund der Verhaftung: Die Geldmittel, die mit Hilfe der Maschine aus dem Trümmerschutt gewonnen wurden, wurden für den Wiederaufbau von Häusern verwendet. Dies wurde beiden als Fremdverwendung der Gelder angelastet.

Fritz Drescher wurde von einem russischen Gericht in Halle wegen der "Borkenkäferplage" zu 25 Jahren verurteilt. Drescher war 4 Jahre in Bautzen, danach 5 Jahre in Sibirien, bis er auf Intervention der britischen Labour Party halbtoed freikam.

Säuberung: 1948, im Zuge der Umwandlung der SED zu einer Partei des neuen Typs begann die Hetzjagd gegen ehemalige SPÜler. Wolfram kennt keinen früheren SPD-Mann, der danach noch hauptamtlich in der SED tätig war. Es konnten sich z.T. die halten, die bereit waren, alles mitzumachen (Michael Schröder) aber auch diese wurden meist degradiert und bekamen ein Gnadenprot, d.h. sie wurden zu untergeordneten Verwaltungsposten degradiert. Michael Schröder z.B.

Die Säuberung traf auch ehemalige KPD-Leute:

Paul Lähne (KPD), Wirtschaftsminister S.-A. 1949/50 wurde wegen seiner nicht auf der Parteilinie liegenden - wirtschaftspolitischen Entscheidungen 1950 als Minister beurlaubt und zum Besuch der Landesparteihschule in Quedlinburg verdonnert. Von dort wurde er vorzeitig entlassen, weil er nicht bereit war, sich unterzuordnen. Er kam zurück nach Halle und wurde dann für ein Jahr zur Arbeit als Arbeiter in der Braunkohlengrube Ammendorf verpflichtet.

Ernst Brandt (Magdeburg), 1948-1950/51 Landwirtschaftsminister S.-A., alter KPD-Mann, war viele Jahre mit Ernst Thape zusammen im KZ. Brandt war ein sachlicher, deutscher Kommunist, d.h. nicht moskauhörig. Er gehörte zu denen, die Deutschland nach deutschen Vorstellungen umgestalten wollten. Damit war er gegen den Kurs der SED, und er wurde 1950/51 abgesetzt und zum Kulturdirektor eines Großbetriebes gemacht, wo er für die kulturelle Betreuung der Belegschaft verantwortlich war. Ca. 1 oder 1 1/2 Jahre später (1952) wurde er abgeholt und war zunächst verschwunden, erst 8 Tage später ging eine Mitteilung an seine Frau, er sei verhaftet. Brandt war lange inhaftiert.

Ob es noch einen Nachfolger für Brandt als Landwirtschaftsminister gegeben hat, ist zweifelhaft, es kann sein, daß der Posten unbesetzt geblieben ist (Umbruchszeit).

Ernst Thape, vor 1933 Redakteur der Magdeburger Volksstimme, KZ Buchenwald, Anfangs Minister f. Wirtschaft u. Verkehr,

später f. Volksbildung, ging November 1948 nach Differenzen mit der Parteiführung in den Westen.

Erich Besser, (dem ist Verhaftung zu gönnen gewesen), Landessekretär der SED, Leiter der Kaderabteilung und der Kontrollkommission der SED S.-A., ehemaliger KPD-Mann (seit den 20er Jahren), war Bezirkspräsident des Regierungsbezirks Dessau, kam dann nach Halle, und hat von seinem Posten aus unzählige SPÜler aus ihren Positionen gedrängt oder verhaften lassen. (d.h. den Gerichten zum Fraß vorgeworfen oder auch durch die Russen abholen lassen) Zur allgemeinen Überraschung wurde er selbst 1951 vom Staatssicherheitsdienst abgeholt. Man hat nie wieder etwas von ihm gehört, er blieb spurlos verschwunden.

Willy Dieker, Vorgänger Lühnes als Wirtschaftsminister, vor 1933 Juso, in der Jugendbewegung aktiv, SPD, Redaktionsvolontär der Volksstimme Magdeburg, kam 1945 als KPD-Mann nach Halle, wurde 1949 als Wirtschaftsminister abgesetzt und zum Kombinateleiter für Fisch in Stralsund degradiert. Seine Degradierung hing zusammen mit seinen Beziehungen zu Wolfram; die von beiden verfolgte Wirtschaftspolitik stieß auf die Kritik der SED.

Mit dem Altkommunisten Karl Pretsch (KPD), Steinmetz, nach 1945 Oberbürgermeister von Halle, kam Wolfram zusammen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kuratoriums für den Wiederaufbau des Landestheaters. Pretsch wollte Fachleute in seiner Verwaltung halten, um besser arbeiten zu können. Dies widersprach der SED-Linie. Als die Kontrollkommission der SED Pretsch 1950 beauftragte, seine Verwaltung zu überprüfen und alle Angestellten zu entfernen, die nicht 100prozentig auf der Parteilinie lagen, brauste er auf, setzte sich aber natürlich nicht durch. Als erster flog Stadtrechtsrat Prof. Hartwig (SPD-SED), dann der Stadtrat für Wirtschaft und Verkehr Maurath. Pretsch, der die Säuberung verweigert hatte, wurde 1951 vom Kreisvorstand der SED u.a. autoritäre Arbeitsweise sowie Selbstherrlichkeit etc. vorgeworfen, und er wurde 1951 vom Kreissekretariat als Bürgermeister abberufen.

Prof. Brundert, Paul Wessel und Adam Wolfram bestimmten an-

fangs weitgehend in ihrem Sinne die Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt. Bis 1949 gelang es ihnen, den Anschein zu erwecken, der Parteilinie zu folgen, nach dem Dessauer Prozeß war dies nicht mehr möglich und die innere Selbständigkeit war vorbei.

Entscheidungslinien der Säuberungspolitik: Es gab unterschiedliche Methoden, einen Mann aus seinen Funktionen zu bringen. Die eine Methode, die vor allem bei Verwaltungsleuten oder Männern aus der Wirtschaft angewandt wurde, war die: Man ging zum zuständigen Kommandanten und denunzierte den Betreffenden als Nazi oder Feind der Sowjets. In der Regel wurde dieser dann ohne weitere Überprüfung abgesetzt, besonders wenn der Denunziant ein alter KPD-Mann war. Dies wurde vor allem in der Anfangszeit praktiziert.

In der zweiten Phase, nach Gründung der SED, liefen Personalfragen über die Personalabteilungen und Kontrollabteilungen bei der Landes-, Bezirks- oder Kreisorganisation der SED. Die Zuständigkeiten waren verteilt je nach Höhe der ausgeübten Funktion des Betreffenden, bei Ministern z.B. entschied das Landessekretariat auf Vorschlag des Leiters der Kaderabteilung Besser oder der Personalabteilung Busse, die auch für die personelle Besetzung von Positionen in den Ministerien oder der Wirtschaft zuständig waren. Die Entscheidungen dieser beiden wurden ohne weitere Überprüfung durchgeführt.

Auch die anderen Parteien wurden in ihrer Arbeit beobachtet und kontrolliert. Z. T. schleuste die SED ehemalige Mitglieder als Spitzel in die Parteien ein, die regelmäßig Berichte über Parteinterne an das Sekretariat der SED lieferten. Manche dieser Ex-SEDler wurden sogar zu Vorsitzenden der neuen Parteien (NDPD, Bauernpartei) bestellt.

Besetzung von Ministerposten: Sofort nach Etablierung der Parteien SPD, KPD, CBDD und LDPD bildete sich der Block und auf den Blocksitzungen, an denen die Führungskräfte der Parteien teilnahmen, wurde die Besetzung, der Umfang des Verwaltungsaufbaus sowie die Funktionen der einzelnen Parteien ausgehandelt. Sämtliche Aktivitäten des Blocks waren von der

SED gelenkt. Initiator aller Verwaltungsakte und alle größeren Projekte war immer die SED. Die SED bestimmte auch die Verteilung der Posten unter den einzelnen Parteien, also etwa die LDPD stellt den Ministerpräsidenten. Die Einsetzung der Abteilungsleiter erfolgte durch den Ressortminister.

Anfangs, 1945 bis Sommer 1946, versuchten die Bürgerlichen Widerstand gegen die SED Vorschläge zu leisten; z.B. zur Frage der Einheits-Listenwahl. Bereits im Frühjahr 1946, unmittelbar nach Bildung der SED, kamen erstmals Wahlen zur Sprache. Bereits zu diesem Zeitpunkt kam Ulbrichts Direktive, schon zu den ersten Wahlen Einheitslisten zu bilden. Dies wurde aber von CDU und LDPD abgelehnt und kam nicht zustande. Wegen des Widerstandes der Bürgerlichen wurden sämtliche 46er Wahlen ohne Einheitslisten durchgeführt, obwohl diese Frage für die SED seit Frühjahr/Sommer sehr aktuell war, da das schlechte Abschneiden der KPD in Österreich und Ungarn einigen Kommunisten Angst bereitete.

Am meisten Furcht hatten die Russen, daß die SED keine Mehrheit gewinnen könne. Während die meisten KPDler vom Wahlerfolg der SED überzeugt waren, sahen die SPDler das kritischer und die Russen wandten sich daher oft an diese, um ihre Einschätzung über den Wahlausgang zu erfahren. Als Wolfram nach dem für die SED negativen Ausgang der Wahl von den Russen befragt wurde, wies er dies vorher gewußt habe, antwortete er wahrheitsgemäß, die jüngsten Maßnahmen der SMA/SED seien in der Bevölkerung sehr unpopulär, und inzwischen sei jedem bewußt, daß die SED von den Russen gelenkt sei. Der SMA-Offizier war natürlich alles andere als begeistert über diese Auskunft.

Hübener war zuerst von den Amerikanern eingesetzt, wurde dann von den Russen übernommen. Nach dem schlechten Abschneiden der SED in den 1946er Wahlen war nicht daran zu denken, daß der Ministerpräsident von der SED gestellt würde. Hübener blieb bis zu seiner Pensionierung 1949 im Amt. Er starb in den 70er Jahren.

Sein Nachfolger, Werner Brusckke (SPD) arbeitete zunächst in

Magdeburg, wurde dann Finanzminister, dann Ministerpräsident. Brusckke war eng mit Ernst Thape zusammen (KZ-Aufenthalt). Schumacher und Kurt Brenner haben Brusckke im KZ Dachau das Leben gerettet. Warum Brusckke den SED-Kurs mitmachte, weiß Wolfram nicht zu beantworten, die menschlichen Kontakte zwischen beiden waren nicht sehr eng. Immerhin, als Willi Brundert, Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium, 1949 verhaftet wurden, hat Brusckke sich zur Hilfestellung bereit erklärt. Vorsprache bei Ulbricht bzw. Fritz Lange, Leiter der Kontrollkommission.

Kurt Brenner, Parteisekretär der SPD war einer der ersten, die in den Westen gingen. (Zu Brenner Interviewnotiz.)

Der offizielle Vorwurf gegen Brundert: Affaire Kondi-Gasgesellschaft (Vgl. Wolframs Buch) Die Kondi hatte Filialen im Westen und im Osten, die Magdeburger Gasgesellschaft war eine der Kondi-Filialen. Trotzdem hatte sie nicht auf der Sequesterliste gestanden, was mit Ulbrichts 1. Parole zusammenhing, als erstes müsse die Produktion wieder in Gang kommen, alles andere sei zweitrangig. Daran hatte man sich gehalten, doch als dann die Sache platzte, warf man Brundert, Wolfram und anderen vor, sie seien dafür verantwortlich, daß Kondi-Aktien in den Westen gegangen seien. Dies war der Hauptvorwurf im Dessauer Prozeß. Brundert und Dr. Herwegen wurden zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, der Leiter der Wirtschaftsabteilung der SED, Paul Wessel wurde abgesetzt und nach Berlin in die Handelszentrale versetzt. Wolfram legte im Dezember 1949 freiwillig seinen 2. Vorsitz im FDGB nieder. Der Dessauer Prozeß war ausschließlich aus politischen Gründen inszeniert, es ging allein darum, politisch Unliebsame aus ihren Positionen zu verdrängen. Ende 1950, nach dem Dessauer Prozeß wurden alle SPD-Leute abgenalftert:

Anfang 1949 Rudolf Ekert, Dresden, 2. Landesvorsitzender des FDGB Sachsen - wurde Leiter eines VEG in der Bauwirtschaft. Ekert lebt nicht mehr.

Walter Schulz, Schwerin, wurde ebenfalls abgenalftert und ging 1952 in den Westen.

Ebenso erging es Zander, 2. Landesvorsitzender Thüringen.

Abgehalftert wurde auch Otto Neier, Landtagspräsident von Brandenburg.

Am längsten hielten sich Otto Buchwitz, Dresden und August Frölich, Weimar. Beide waren SED-Fans.

Die Kontakte zu den anderen Ländern brachen seit der Hetzjagd 1949/50 ab, und die Verbindungen zu den alten Freunden, die bis dahin über Berlin möglich waren, rissen ab. Gesprächspartner Wolframs waren dort vor allem Bernhard Göring, Schlimme, sowie der Sekretär Grotewohls im Zentralsekretariat Fritz Schreiber. An Grotewohl selbst war nicht heranzukommen. Auch mit dem Sekretär von Göring, Bucknow, FDGB, konnte man reden. Aber generell galt es, die Leute sehr genau auszusuchen, mit denen man sich offen unterhielt.

Bernhard und Wilhelm Koenen, letzterer später Berlin, langjährige Moskauer-Emigranten und Helene Berg (graue Eminenz), 100 % Stalinistin, waren bei allen Sitzungen des Blocks bzw. anderen wichtigen Besprechungen dabei. Wolfram und seine politischen Freunde hatten den Verdacht, die eigentliche politische Leitung Sachsen-Anhalts läge bei ihr. Helene Berg sprach perfekt russisch und hatte Verbindungen zu den Generälen in Halle, Berlin, Moskau. Bernhard Koenen schien nur ausführendes Organ der Moskauer Direktiven zu sein, die über Berlin nach Halle kamen.

Wie kam es eigentlich dazu, daß die SPD-Leute sich von Kommunisten und SMA überfahren ließen? Die ersten Maßnahmen der Besatzungsmacht - Zulassung von Parteien und Gewerkschaften - waren sehr populär und die Organisierung wurde auch mit großem Eifer vorangetrieben. Sehr bald existierten in jedem Kreis eigenständige Gewerkschaften unter den verschiedensten Namen. Am 15. September 1945 wurde die Landesorganisation FDGB Sachsen-Anhalt aus der Taufe gehoben. Über die Zusammenfassung zur Landesorganisation gab es Auseinandersetzungen. Bisher hatte es nur Bezirksorganisationen der Gewerkschaften

gegeben, und die Hagedeburger unter Paul Schrader, (sein Nachfolger war Richard Maidanz - Schrader ging auf die politische Ebene) wollten zunächst den Zusammenschluß zur Landesorganisation nicht, da sie die SPD-Mehrheit in der Gewerkschaft Hagedeburg halten wollten. Die Zusammenfassung zur Landesorganisation war aber Voraussetzung für Genehmigung zur Weiterbetätigung.

Die Kommunisten gehörten zur Arbeiterbewegung, man fühlte sich ihnen verbunden und die SPÜler haben die neuen Töne, die die Kommunisten anschlugen, für bare Münze genommen. Mit der proklamierten Linie war man einverstanden, etwa mit Anton Ackermanns neuem Weg zum Sozialismus. Die wahren Absichten nahm man erst später zur Kenntnis, als immer wieder Vorschläge seitens der SPD zum Neuaufbau der SMA abgelehnt wurden. Langsam begriff man, daß die Wege der Entscheidungsfindung über Moskau liefen.

Es war eine Stärke beider Koenen und auch der Berg, daß sie Russisch sprachen und eine Schwäche der SPD-Leute, daß sie es nicht konnten. Daher liefen die russischen Direktiven ausschließlich über die KPD-Emigranten. Die SMA-Offiziere, von denen zwar einige Deutsch sprachen, setzten ihre Deutschkenntnisse aber nur gezielt ein, z.B. zur Überwachung von Reden, Konferenzen etc. Ansonsten waren die SPÜler auf die Russisch-Kenntnisse der Exil-KPD angewiesen. Doch waren auch die Beziehungen der SMA zu Nichtkommunisten, z.B. Hübener, durchaus eng. Hübener war begeistert von der SMA, von der er sich unterstützt fühlte.

Auf russischer Seite gab es große Gegensätze zwischen der Verwaltungs- und der militärischen Administration. Anordnungen der Verwaltungsadministration (Pendang zu OMLUS), z.B. Anordnungen der Wirtschaftskommissare für Großbetriebe oder Industriezweige, wurden von der Militäradministration häufig beiseite geschoben und nicht ausgeführt. Es gab dann regelmäßig Krach und der Vorgang ging zur politischen Abteilung nach Berlin, die meist zugunsten der Verwaltungsadministration entschied. Entscheidungen zugunsten der Verwaltungsseite fielen vor allem in großen Fragen, z.B. wenn sich Militär und

Verwaltung in den Leuna-Werken nicht eins waren, in kleineren Betrieben konnte sich häufiger die Militärverwaltung durchsetzen.

Das Chaos war vor allem in der Anfangszeit groß, in den ersten Monaten war der Kreiskommandant in seinem Gebiet König und machte dort, was er wollte. Es gab viele widersprüchliche Anweisungen und Befehle - hier zeigen sich deutliche Parallelen zu OMOUS. Die Spannungen innerhalb der SMAO liebten nach, - jedenfalls im wirtschaftlichen Bereich - als 1947 die DWK gegründet wurde. Seitdem waren sämtliche Zentralen direkt Karlshorst unterstellt.

Die Militärverwaltung und die Zivilverwaltung der SMA waren in zwei gegenüberliegenden Gebäuden auf einem Gelände untergebracht. Die Zivilverwaltung hatte viele hundert Angestellte, ihr Aufbau war parallel zum Aufbau der deutschen Verwaltung angelegt. Von vorn bis hinten hatte die Zivilverwaltung die gleiche Struktur wie die deutsche Verwaltung, jeder deutsche Verwaltungsmann hatte sein Pendant bei den Russen. Als Landtagspräsident hatte Wolfram einen Stab von 30 Angestellten, bei der SMA existierte dafür eine gleichartig aufgebaute Abteilung. Wolframs Pendant war ein Oberst, der nur gebrochen Deutsch sprach. Ein gewisser Hauptmann Gall, der für Kultur zuständig war, sprach perfekt Deutsch. Vor und nach jeder Landtagssitzung mußte Wolfram dem Oberst Bericht erstatten, sollten wichtige Fragen im Landtag diskutiert werden - z.B. Friedensinitiative - bekam der Landtagspräsident konkrete Aufträge mit auf den Weg.

Die Militärverwaltung war eine reine Truppenangelegenheit, die Offiziere der Zivilverwaltung waren in der Regel Fachleute, Ingenieure, Techniker etc.

Spielte die GPU (Geheimpolizei) eine eigenständige Rolle bis hinab auf die Kreisebene? Eigentlich existierte die GPU nur auf Landesebene, auf Kreisebene gab es nur Spitzel-Posten, die Fäden liefen in Halle zusammen. Die Agenten waren spezialisiert auf die Beobachtung aller politischen Vorgänge und Klärung ihrer parteiinternen Hintergründe, die Ausschaltung

von Saboteuren u.ä., was nur mit Hilfe deutscher Spitzel möglich war. Diese Agenten waren nicht an der Entnazifizierung beteiligt, aber NS-Mitgliedschaft diente ihnen oft als Beseitigungsmittel.

Konnte die KPD Einfluß auf die Entscheidungen der SMA nehmen? Dies konnten nur die russischen Exilkommunisten, nicht aber die deutschen Kommunisten, wie Gutjahr (FDGB), Personaldirektor der Elektrizitätsgesellschaft, der die deutsche Linie verfolgte und auch in die Dessauer Prozesse verwickelt wurde. Einflußreich waren auch sudetendeutsche Kommunisten, die nach 1945 aus der CSR in die SBZ transferiert wurden, z.B. Innenminister Hegen.

Zu seiner Landtagspräsidentenwahl vgl. Wolframs Buch: Bei wichtigen Entscheidungen, die der Landtag zu treffen hatte, wurden die Abgeordneten unter starken psychologischen Druck gesetzt, entweder durch Versprechungen oder durch Drohungen seitens der SMA.

Bis zur DWK-Gründung gab es auf wirtschaftlichem Gebiet eine gewisse Eigenständigkeit der Länder, danach waren die Länder nur noch für die kleinen Betriebe zuständig. Allerdings behielten die Gewerkschaften auf Landesebene bis 1948 relativ eigenständige Befugnisse. Erst mit der Umwandlung in die Partei des neuen Typs gingen die Zuständigkeiten der Länderorganisationen zurück. Durch die Aktivistenbewegung wurde dann auch die Tarifautonomie des FDGB zerstört, ab da war er nur noch der Planerfüllung verpflichtet.

Ferdinand May, damals Leiter der Theater in Leipzig, hat Erinnerungen geschrieben, die allerdings - wenn überhaupt - schwer zu bekommen sind. May stammte aus Harburg und hatte vor 1945 keine politische Vergangenheit.

Zur ZV des Innern kann Wolfram nichts sagen, hier hatte er keine Einblicke. Der Innenminister Sachsen-Anhalts war Siewert, er wurde abgelöst, da er nicht zur Zufriedenheit der Partei gearbeitet hatte und nach Berlin (geringe Tätigkeit) abgeschoben. Sein Nachfolger bis zur Auflösung der Landesre-

gierung war Minister Hegen, ein Sudetenländer. Die Struktur des Innenministeriums S.-A. war eher klassischer Art.

Otto Gotsche, zuerst Vizepräsident im Regierungsbezirk Merseburg wurde Sekretär im Generalsekretariat Ulbricht. Bis er nach Berlin ging, war er ein ganz netter Kerl, mit ihm konnte man sprechen, er hat sich später sehr gewandelt. Wurde auf politischem Gebiet eher abgeschoben.

Kultusminister war Schallock (SPD), ein Lehrer. Er wurde nicht alt als Minister.

Damerow (LDP) war zunächst Landwirtschafts-, dann Justizminister. Er war eine politische Null. Mit dem haben sie gemacht was sie wollten.

Otto Wolf (SPD), Magdeburg, war Ministerialdirektor im Min. für Handel und Versorgung. Er wurde eingesperrt und ging nach seiner Entlassung in den Westen (Landshut). Vor 1933 war Wolf gewerkschaftlich engagiert, in Landshut wurde er dann DGB-Vorsitzender. Er lebt nicht mehr.

Wilhelm Treumann von Stendal, wurde auch eingesperrt ("nach unserer Attacke gegen die Russen") und ging in den Westen.

Die von den Amerikanern eingesetzten ersten Bürgermeister und Landräte wurden z.T. von den Russen übernommen. Im Juli/August gab es aber dann wesentliche Umbesetzungen, doch auch von der SMA wurden noch viele Sozialdemokraten eingesetzt. Auch die Verwaltungsfunktionen wurden anfangs völlig selbständig unter der Kontrolle der Kommandanten ausgeübt, was zu einigen Unterschieden im Verwaltungsaufbau und erheblichen Auseinandersetzungen führte.

Die vor der Provinzialverwaltung bestehenden Bezirksverwaltungen sollten ursprünglich durch die Provinzialverwaltung abgelöst werden. Da aber die Provinzialverwaltung - als künstliches Geschöpf - keinen Unterbau hatte, bzw. dieser nur durch die vorhandenen Regierungsbezirke gegeben war, behielt man sie schließlich bei. Nach einer Besprechung in Berlin mit

der obersten Administration wurden Bezirke dann wieder für die Bereiche Merseburg, Magdeburg, Dessau berufen und die Provinzialverwaltung als übergeordnetes Organ geschaffen. Die Provinzialverwaltung hatte Weisungsbefugnisse gegenüber den Bezirks- und Kreisverwaltungen.

Bezirk Halle-Merseburg, Sitz Merseburg:

Präsident Domherr Siegfried Berger (pl.).

1. Vizepräsident Otto Gotsche, KPD, Eisleben. Gotsche ging 1951 nach Berlin, wo er zum engen Mitarbeiter Ulbrichts in der Staatskanzlei Berlin und schönggeistigen Schriftsteller avancierte.

2. Vizepräsident Fritz Drescher (SPD), in der NS-Zeit fünf Jahre Gefängnis, nach 1945 Gründer der SPD Weißenfels, 1947 Leiter der Landesforstverwaltung (S.-A.). Er wurde im September 1948 verhaftet und von einem russischen Militärgericht zu 25 Jahren verurteilt (3 Jahre Bautzen, 5 Jahre Sibirien). Drescher wurde 1957 entlassen und ging anschließend, Herbst 1957, in den Westen (inzwischen verstorben).

Bezirk Magdeburg, Sitz Magdeburg:

Präsident Otto Bär (SPD), vorher Oberbürgermeister Magdeburg. Nach einem Konflikt mit den Russen (Selbständigkeit der Verwaltungsführung) 1947/48 verhaftet und eingesperrt, saß einige Monate ein und war nach seiner Entlassung zunächst arbeitslos. Durch Protektion des Generals für Sachsen-Anhalt kam er dann als Leiter der Finanzabteilung ins Finanzministerium.

(Einziger) Vizepräsident Walter Kastner (KPD), wollte gern Oberbürgermeister von Magdeburg werden, dies scheiterte aber am Widerspruch der SPD, an seiner Stelle wurde Rudolf Eberhard Oberbürgermeister in Magdeburg.

Regierungsbezirk Dessau, Sitz Dessau:

Präsident Heinrich Deist, vor 1933 Ministerpräsident von Anhalt, später Kurt Hesse

Vizepräsident Erich Besser, Sekretär der KPD, dann Landessekretär im Landesvorstand der SED (Kader- und Kontrollabteilung).

Mit Annahme der Verfassungen gab es einen Wechsel in der Besetzung der Funktionen auf Landesebene.

Weil von Moskau aus bereits Pläne bestanden, daß recht bald die Bevölkerung in größerem Maße zum Wiederaufbau herangezogen wurde, wurde im Frühjahr 1946 durch Verordnung der Provinzialverwaltung die Errichtung beratender Versammlungen der Provinzialregierung sowie Kreis- und Ortsgemeinderäte festgelegt. Die Berufung der Mitglieder der Beratenden Versammlung erfolgte durch Hübener. Wolfram war Mitglied der Ersten Beratenden Versammlung der Provinz, die am 15. Juli 1946 ihre erste Sitzung hatte. Sie hatte beratende Funktionen zur Unterstützung der Verwaltung, und sollte vor allem die Vorbereitung der im Herbst durchzuführenden Kreis-, Gemeinde-, Landtagswahlen übernehmen. De facto war sie eher bedeutungslos.

Nachdem die Verwaltung nach den Wahlen stand, ging es an die politische Arbeit. Kurz nach der Wahl 1946 berieten SED und SMAD über Möglichkeiten der politischen Aktivierung der Bevölkerung. Die Wahlen hatten gezeigt, daß die vorhandenen Parteien nicht in der Lage waren, die Bevölkerung vollständig zu erfassen. Ulbricht hatte die Idee, neue Organisationen zu schaffen. NDPD und Bauernpartei waren das Ergebnis. Das Spektrum der SED-SMA gesteuerten Parteien und Massenorganisationen umfaßte damit alle Schichten der Bevölkerung und machte die Bildung von Oppositionsgruppen unmöglich. Es folgte eine Zeit der verstärkten Schulung in allen Parteigliederungen. In Sachsen-Anhalt gab es 20 Kreisschulen der SED sowie eine Landesschule mit zunächst sechswöchigen dann einjährigen Lehrgängen, in die jeder einbezogen war, bis zum Minister. Helene Berg führte eine Strichliste darüber, wer fehlte.

Dann ging die große Politik los - Einheit und Freiheit, Volkskongreßbewegung. Bei den Volksratswahlen erreichte die SED keine Mehrheit. Es folgte eine Anweisung des Innenministeriums zum Wahlbetrug: unbeschriebene Stimmzettel sollten als Ja-Stimmen gewertet werden (Vgl. Dokument), so kam die Mehrheit für die SED zustande.

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 7485/87	Bes. ZS 2385
Rep.	Kel.

ZS-3001-17

Interview mit Adam Wolfram, 16.6.1986 (Schneider, Hait)

Herr Wolfram wird die im Landtagshandbuch aufgeführten Biographien prüfen und ergänzen.

zu Dr. Steinbrecher (SED) (Landtagshandbuch):

Steinbrecher wurde 1947 Oberbürgermeister von Wittenberg, MdL. (SED). Plötzlich wurde er abberufen und verschwand. Erkundigungen ergaben: Steinbrecher war nicht Doktor der Rechtswissenschaften, es handelte sich um einen Titelbetrug. Nach seiner Verhaftung wurde nichts mehr von ihm bekannt, er tauchte auch nicht wieder auf.

Die Amerikaner haben sofort versucht, die städtischen Verwaltungen in Gang zu setzen und geeignetes antifaschistisches Personal zu finden. Die Besetzung der wichtigen Posten erfolgte aufgrund von Listen, die die Amerikaner besaßen. Im Mai/Juni 1945 wurden viele Bürgerliche in den Städten und Kreisen in Funktionen (Bürgermeister, Landräte) berufen, nach der Besetzung durch die SU erfolgte sehr schnell (Juli, August, September) der erste Wechsel in den Ämtern der Kreise und Städte. Die erste Garnitur wurde ersetzt durch Kommunisten und Sozialdemokraten, dabei wurden viele Unfähige eingesetzt.

Diente die Bevorzugung Bürgerlicher durch die Amerikaner der Absicherung gegen das sowjetische Regime? In der amerikanischen Zone wurden nämlich Sozialdemokraten bevorzugt.

Nein, auch die Russen bevorzugten anfangs Bürgerliche. Für den Neuanfang und Neuaufbau der Verwaltung eigneten sich Sozialdemokraten und Bürgerliche besser, da sie mehr davon verstanden. Man ließ die guten Leute die Grundarbeit verrichten, als der Karren tief, ersetzte man sie durch Kommunisten.

Ergaben sich aus der Tatsache, daß Sachsen-Anhalt ein Kunstgebilde war, beim Aufbau der Verwaltung besondere Schwierigkeiten? Der Aufbau der Verwaltung erfolgte auf russischen Befehl. Die Provinzialverwaltung für S.-A. hatten ihren Sitz zunächst in Halle an der Saale, im Gebäude der früheren Landwirtschaftskam-

mer. Shukow bestätigte die personelle Besetzung der Provinzialverwaltung, deren Zusammensetzung auf einen Vorschlag der Kommunisten zurückging.

Präsident Prof. Dr. Eberhard Hübener (64 Jahre) (vor 1933 Demokratische Partei, nach 1945 LDP).

1. Vizepräsident Robert Siewert (KPD) (58 Jahre alt), bis 1929 MdL Sachsen, dann Parteifunktionär, KZ Buchenwald. Betraut mit der Verwaltung des Innern. Siewert wurde wegen politischer Differenzen nach Berlin abberufen, sein Nachfolger als Innenminister bis zur Auflösung der Landesverwaltung war Josef Hegen (1950-1952).

2. Vizepräsident Prof. Dr. Walter Hülse (pl.), Dozent der Univ. Halle, Chefarzt eines großen Krankenhauses. Hülse war krank, aber sehr aktiv beim Aufbau der Verwaltung. Er ging 1951 in den Westen und starb 1960.

3. Vizepräsident Ernst Thape (51 Jahre alt) (vgl. Protokoll des 1. Interviews). Anfangs zuständig für Wirtschaft und Verkehr, später Min. f. Volksbildung.

4. Vizepräsident Schulrat Lohmann (50 Jahre alt), 10 Wochen nach seiner Einsetzung verunglückte er tödlich mit dem Auto. Sein Nachfolger wurde Werner Bruscke (Magdeburg). Bruscke wurde später Finanzminister und nach dem Ausscheiden Hübeners Ministerpräsident.

Zu den Bezirksverwaltungen vgl. Protokoll des Interviews vom 14.5.1986.

Chef der IHK Sachsen-Anhalts war zuerst ihr früherer Geschäftsführer Bickert, er wurde 1947 abberufen und ersetzt durch Walter Chemnitz (KPD), vorher Leiter eines größeren Betriebes in Halle a. d. Saale.

Die Landeshandwerkskammer wurde geleitet von Fritz Jungmann

(SPD), Landessekretariat der SED. Jungmann ging 1951 wegen seiner bevorstehenden Verhaftung in den Westen, wo er schlecht aufgenommen wurde und nicht mehr Fuß fassen konnte.

Weitere Persönlichkeiten aus Sachsen-Anhalt:

Otto Wolf, vor 1933 Gewerkschaftssekretär in Magdeburg, 1945 aktiv am Aufbau der SPD beteiligt, 1946 Ministerialdirektor im Ministerium für Handel und Versorgung. Wolf wurde 1950 verhaftet und kam einige Jahre ins Gefängnis. Nach seiner Entlassung ging er in den Westen und wurde Gewerkschaftssekretär des LGB in Landshut.

Richard Krüger (SPD), Mitglied des Reichstages, 1928 Polizeipräsident Weißenfels, nach 1945 Polizeipräsident Halle, MdL bis zu seiner Pensionierung.

Paul Wessel (SPD), Landessekretär im Landessekretariat der SED und Leiter der Wirtschaftsabteilung bis 1950. Im Zusammenhang mit dem Brundert-Herwegen-Prozeß wurde er abgeschoben zur ZV Chemie in Berlin.

Paul Mangelsdorf (SPD), 1945 Verlagsleiter der "Freiheit", floh 1949 in den Westen.

Wilhelm Treumann (SPD), Kreisvorsitzender des FDGB und Stadtrat in Stendal. Er wurde 1948/49 verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, ging anschließend in den Westen.

Fritz von Basse (SPD), 1945 Oberbürgermeister Weißenfels, nach Abschiebung Steinbrechners 1947 von Wittenberg. Auch er ging in den Westen.

Walter Uikers (SPD), geb. 1894, 1945 Reichsbahnpräsident für den Reichsbahn-Bezirk Halle, 1951 verhaftet (zur Anklage vgl. Dokument), war mehrere Jahre im Gefängnis und ging dann in den Westen.

Paul Schrader (SPD, Sportbewegung), nach 1945 Organisator der Gewerkschaft in Magdeburg, hatte erhebliche Differenzen mit der KPD und SMA, ging 1947 in den Westen.

Paul Vertick (SPD) Sekretär der SPD in Dessau, Landessekretär im Landessekretariat der SED für das Gebiet Landwirtschaft, wurde 1951 abgesetzt und kam als Abteilungsleiter in die Handelszentrale Halle, 1951 verhaftet und wegen Sabotage und Opposition gegen die SED (Schumacheragent) zu drei Jahren verurteilt. Er ging nicht in den Westen und ist inzwischen verstorben.

Kurt Strich (SPD), Sekretär der SPD Weißenfels, 1946 Landessekretär der SED für Kommunalpolitik, 1951 abgesetzt, bei VEB beschäftigt, im Zusammenhang Wolfram-Bründert verhaftet und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung Leiter eines VEB in Dessau.

Otto Halle (KPD), stammt aus dem Mansfelder Land, war 1930 Streikführer der Revolutionären Gewerkschaftsorganisation, KZ Buchenwald. 1946 Ministerialdirektor im Volksbildungsministerium, 1948 abgeschoben zur ZV Volksbildung Berlin, 1952 Leiter der Hochschulverwaltung.

Hax Heinemann (SPD), Lehrer in Halle, Schulrat Halle, dann Leiter der Abteilung Lehrerbildung im Volksbildungsministerium.

Aus dem kulturellen Bereich:

Karl Kenczia, (pl., ein Linksintellektueller), langjähriger Intendant des Landestheaters Halle, kam 1952 in Schwierigkeiten und schied 1953 aus.

Wolfgang Hammerschmid, Chefdramaturg am Landestheater.

Horst Tann-Marktgraf, Generalmusikdirektor am Landestheater.

Dr. Günther Stark, Schauspielerektor am Landestheater.

Heinz Stark, Leiter der Operette.

Kätne May, Gisela May, Anni Colini-Sendten, bekannte Schauspielerinnen, sowie Hermann Dickhoff, bekannter Schauspieler der sozialistischen Bewegung.

Prof. Kurt Hemmerling, Weimar, Architekt und Theaterbauer Nr. 1 in der SBZ.

Ferdinand May war Referent für das gesamte Theaterwesen im Volksbildungsminist. S.-A., ab 1950 Leiter sämtlicher Theater in Leipzig und Autor historischer Romane. Er starb vor einigen Jahren.

Hajor Grishin war der 1. Kulturoffizier der SMA Sachsen-Anhalt. Er holte Anfang Juli 1945 alle Kunstschaaffenden zusammen und befahl die Wiederingangsetzung kultureller Veranstaltungen.

Hauptmann Gall war auch auf kulturellem Gebiet eingesetzt. Er war wie auch Grishin ein außerordentlicher Kunstkenner.

Generalmajor Kotikow war der erste Leiter der SMA Sachsen-Anhalt, er wurde dann versetzt und sein Nachfolger war ab 1949 General Pantchuk.

Fritz Hesse, (LDP) Oberbürgermeister von Dessau, MdL (Fraktionsführer der LDP)

Gustav Schmidt-Küster, von Haus aus Buchhändler, Bezirksleiter der SPD Magdeburg, frühzeitig verhaftet, kam nach einigen Wochen frei und ging in den Westen (Hannover).

Julius Bredenbeck (SPD), Direktor der Bergschule in Eisleben, 1948 verhaftet, ging in den Westen.

Wilhelm Zaisser (KPD), war 1946 Organisator der Landespolizei in Halle, ging 1948 nach Dresden, Innenministerium. Er wurde 1950

Chef des Stasi in Berlin, wurde 1954 gestürzt und zusammen mit Herstadt aus der SED ausgeschlossen. Zaisser war menschlich tadellos. Er starb 1958.

Generalstaatsanwalt Verner Fischl wurde 1952 abgesetzt und zu einem Jahr als Sachbearbeiter bei der Stadt Halle verpflichtet. Das Justizministerium sollte anschließend über seine weitere Verwendung entscheiden. Das geschah nicht. Fischl ging 1953 nach Nürnberg, dort starb er bald.

Rudolf Meisel, Vorsitzender des ADGB, hatte bis zu seiner Pensionierung keine politischen Querelen und blieb brav auf der Linie.

Zu den Aufgaben Wolframs als Landtagspräsident gehörte:

1. Vorbereitung und Leitung der Plenarsitzungen.

2. Er sollte informiert sein über die Arbeit sämtlicher Ausschüsse des Parlaments und hatte das Recht, an sämtlichen Ausschusssitzungen teilzunehmen.

3. Er beriet mit dem Präsidium die Tagesordnung und eingegangenen Anträge. Die Tagesordnung wurde dann der SMA vorgelegt. Bei Beanstandungen bekam er von dort einen Anruf, in dem ihm konkrete Wünsche mitgeteilt wurden, die er dann ausführen bzw. weiterleiten mußte.

4. Vermittlerfunktion:

Beanstandungen waren eher selten, die Interventionen liefen in der Regel über die SED, die sich dann an Wolfram wandte, der diese an die Fraktionsführer weitergeben mußte. Der Landtagspräsident hatte also eine Vermittlerfunktion zwischen SMA/SED und den übrigen Fraktionen. Nur wenn Differenzen auf diesem Wege nicht zu bereinigen waren, wandte sich die SED an die SMA. Die SMA holte dann den betreffenden Fraktionsführer zur "Beratung". Es wurde solange "beraten", bis der Fall im Sinne der SMA gelöst

war. Eingriffe der SMA waren vor allem in der Zeit 1947-1949 häufig. Daher erklärt sich auch die hohe Fluktuation unter den Fraktionsführern. Prof. Fasche (CDU) z.B. ging deswegen bald weg, ebenso Anton Hiller Fraktionsführer der CDU und Vizepräsident des Landtages (ein Bollerjahn) und Dr. Hennemann (CDU), Vizepräsident. Die LDP stellte einige Jahre die größten Rebellen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, der Landtagspräsident hatte eher repräsentierende Funktionen. Er besaß keine Entscheidungsgewalt und hatte lediglich die Aufgabe, die Fraktionen unter einen Hut zu bringen. Der Präsident war gleichzeitig Vorsitzender der Volkskongressbewegung, später der Nationalen Front in Sachsen-Anhalt.

Zur Zivilverwaltung der SMA:

Der genaue Stab läßt sich kaum nachweisen, wahrscheinlich war er zahlenmäßig größer als der der deutschen Verwaltung. Man hatte keinen so großen Einblick in die SMA-Zivilverwaltung, gab man über jeden kleinen Sachbearbeiter informiert war. Jedenfalls gab es für jede Abteilung und Unterabteilung der deutschen Verwaltung ein Pendant bei der SMA. Die SMA hatte auch kompetenzmäßig den gleichen Aufbau wie die deutsche Verwaltung.

Gab es Nischen der Opposition?

Die Gegner des Kurses und der Maßnahmen der SED waren in ihrer Tätigkeitsmöglichkeit zu sehr eingeeengt, um wirklich Opposition treiben zu können. Jedoch behielten eine Reihe ehemaliger SPDler und Gewerkschafter Fühlung untereinander und legten konform gewisse Anordnungen in ihrem Sinne (d.h. im Interesse der Menschen) aus. 1946/47 ging das noch ohne große Repressionen.

Existierten solche Oppositionszirkel auch in der Verwaltung?

Das kam auf die Funktion und Position an. Die SPDler, die Mitglieder des Landtags waren, trafen sich anlässlich der Sitzungen in Halle. Vor und nach den Sitzungen traf sich ein enger Kreis von

10 bis 12 Leuten bei Wolfram im Landtagskasino, wo man sich auf Versuche der Aufweichung bzw. Entschärfung von Anordnungen einigte. (neben Wolfram: Rudolf Eberhardt, Kurt Strich, Paul Wessel, Fritz Jungmann (Bessau), Otto Wolf). Diese Leute haben bis 1951 zusammengehalten und auch einiges erreicht, später wurde ihnen das als Sabotage ausgelegt. Bei den anderen Parteien gab es wahrscheinlich ähnliche Zirkel, aber diese waren so aufgespalten, daß sich dort wenig tat, weil man sich untereinander nicht traute.

Herr Wolfram plant, ein neues Buch "Die Bolschewisierung der DDR anhand der Entwicklung von Sachsen-Anhalt" zu schreiben.

Geplante Gliederung:

1. Vorgeschichte der SED (Zwangsvereinigung)
2. Entwicklung der SED zur Partei des "neuen Typs".
3. Die Sowjetisierung der Verwaltung.
4. Die Benerrschung der Massenorganisationen durch die SED:
 - a. Gewerkschaften
 - b. FDJ
 - c. Frauenbund
 - d. Kulturbund
 - e. Deutsch-Sowjetische Gesellschaft
 - f. VagB
 - g. Sonstige
5. Der Einfluß der SED auf die Blockparteien und ihre Entscheidungen
6. Die Sowjetisierung der Wirtschaft.
7. " " der Arbeitsverhältnisse und -methoden.
8. Aufbau der SMA

Das Buch soll gehalten sein als Erinnerungen eines Betroffenen, die Gliederungspunkte sollen an praktischen Beispielen und konkreten Vorkommnissen verdeutlicht werden.